Klassenkampf

statt

Krisenstimmung

Die Wirtschaftskrise und unsere Möglichkeiten



vorläufige Materialsammlung
Köln, Januar 2010

Anarchosyndikat Köln/Bonn,
http://anarchosyndikalismus.org

Für Arbeiter/innen ist immer Krise

Am 4. Juli 2008 fand im spanischen Ort Tirso de la Molina eine Diskussion statt, zu der das "Syndikat Bildende Künste" der CNT-IAA Madrid eingeladen hatte. Der Titel lautete: "Für Arbeiter/innen ist immer Krise. Zur wirtschaftlichen Lage: Ursachen, Auswirkungen und Lösungen aus anarchistischer Sicht untersucht". Die Leitung hatte Jose Luis Velasco, Ökonom, Historiker und ehemaliger Generalsekretär der spanischen CNT-IAA.

In einem Artikel in der Zeitschrift 'cnt' vom Oktober 2008 hat Mario Obispo, Mitglied des ICEA (Institut für Wirtschaftswissenschaften und Selbstbestimmung, http://iceautogestion.org) diese Untersuchung für alle, die nicht dabei waren, kurz vorgestellt. Die Notwendigkeit dazu ist offensichtlich.

Leider können wir aus verschiedenen Gründen hier nur eine Zusammenfassung in grober Übersetzung liefern. Aber vielleicht ist es ja für den einen oder die andere ein Ansporn zu weiterer Beschäftigung mit der Materie:

Betrachten wir die wirtschaftliche Lage, so müssen wir feststellen, das es sich um eine strukturelle Krise des Kapitalismus handelt, deren Ursachen und Auswirkungen wir betrachten und Lösungen für das Problem finden müssen.

Zunächst müssen wir uns fragen: Warum muss die Regierung die Krise leugnen? Die privilegierten Teile der Gesellschaft weisen jede Verantwortung des wirtschaftlichen und politischen Systems zurück, das sie verteidigen. Sie haben ein klares Interesse daran das Offensichtliche zu verschleiern und zu leugnen. Außerdem können sie die (dauerhafte, nicht die zeitweise) Krise des Kapitalismus garnicht erklären.



Sie haben zwei Möglichkeiten darauf zu reagieren. Entweder beenden sie ihre Zusammenarbeit mit den aktuell "Schuldigen" und ersetzen sie durch andere. Oder sie ändern ihre Wirtschaftspolitik und lösen die Probleme der ganzen Bevölkerung. Dafür hat sich jedoch keine der herrschenden Institutionen (wie UNO, OECD, EU, Politiker/innen, Banken, Bürokratie, Reiche, Eigentümer/innen) bereit erklärt, denn sie alle verteidigen das Wirtschaftssystem und ihren Status von dem sie persönlich profitieren. [...]

Wir sind nicht bereit ein System zu verteidigen, in dem sechs Leute genauso reich sind wie 300 Millionen Menschen.

Und was sind deren Erklärungen für die Krise? Sie sagen, es gäbe ein "Licht am Ende des Tunnels" (Wirtschaftsminister Pedro Solbes). Für sie ist die Krise eine Frage von Angebot und Nachfrage, von Spekulation und Termingeschäften. Auch die "Entwicklungsländer" und ihr steigender Verbrauch werden verantwortlich gemacht, die Geldentwertung (Inflation) anzuheizen. Solche Erklärungen zeigen bloß die kranke

und perverse Moral derjenigen, die sie verfassen. Und sie zeugen vom Grad der Entfremdung und Verdummung, den sie der Bevölkerung unterstellen.

Was aber geschieht wirklich? Was wollen sie uns verschweigen?

Zunächst einmal: der Kapitalismus steckt in einer dauerhaften Krise und das war für die Lohnabhängigen schon immer so. Und die Arbeiter/innen waren schon immer die Leidtragenden in dieser Krise. Dieses System hat zwei Seiten - ungerecht und kriminell für diejenigen, die von der herrschenden Minderheit ausgebeutet werden, die auf Kosten der mehrheitlichen Armen leben.

Ein System in der eine wirtschaftliche Klasse alles steuert und ihre Besitztümer gegenüber dem Rest der Bevölkerung beherrscht, kontrolliert und manipuliert. Das ist der "natürliche" Zustand im Kapitalismus. Wenn sie also erst jetzt von einer Krise sprechen, dann verschweigen sie all jene tagtäglichen Ungerechtigkeiten.

So ist der Kapitalismus! Aber er ist kein Modell für die ganze Welt, in der einige wenige im Überfluss leben, weil Millionen Menschen absolut arm sind. Es ist ein Wirtschaftssystem des Todes. Es ist der katastrophale Kapitalismus der alle zwanzig bis dreißig Jahre sein Produktionssystem selbst zerstört. (...)

Aktuell sehen wir uns einem wirtschaftichen Imperialismus gegenüber, der sich im dauerhaften Kriegszustand um die Rohstoffe befindet. Es handelt sich dabei um eine perfekte Verbindung (Symbiose) aus Staat und Kapital, zwischen Autorität, Herrschaft, Machtkonzentration und Gewalt. Die Wirtschaftstheorie des Kapitalismus ist schön einfach: Militär im Ausland und Aufstandsbekämpfung im Inland.

Den "freien Markt" gibt es nicht, auch wenn alle davon reden.

Der wirtschaftliche, politische, kulturelle und ethische Zusammenhang, in dem diese Krise stattfindet, ist folgender: Der Staat beherrscht die Politik, der Kapitalismus die Wirtschaft, die Medien die (Falsch-) Information und die Religionen die Kultur. Gegen diese Front aus Gott-Staat-Kapital müssen wir den anarchistischen Ansatz von Michael Bakunin stellen: Kein Gott, kein Staat, kein Chef!

Eine neue ethische und soziale Ordnung, die auf wirklicher und nicht auf formeller Gleichheit aufbaut: politische, gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Gleichheit, die davon ausgeht, dass wir freie Menschen voller Würde und Verantwortung sind. Dafür ist es notwendig, dass wir Zugang haben zur Kultur, zum Denken, zur Nutzung des Bewußtseins durch die Methode der Untersuchung (Analyse) zur Lösung unserer Probleme.

Wenn wir die wissenschaftliche Methode der wirtschaftlichen Untersuchung anwenden, um die Dummheit anzugreifen, dann müssen wir uns eine Frage stellen, auf die wir eine Antwort finden müssen. Zum Beispiel die Frage nach der "Subprime-Krise" [der ungedeckten Hypothekendarlehen auf Immobilien]:

Was passiert, wenn sie nicht zurückgezahlt werden? Warum werden sie nicht zurückgezahlt? Warum sinken die Löhne und steigt die Arbeitslosigkeit? Warum passiert das? Warum werden riesige Finanzmittel aufgebracht um Kriege zu finanzieren? Und warum profitieren diejenigen, die die Bevölkerung vertreten sollen, von den Aufträgen für Waffenfabriken und Ölindustrien?

Es ist leicht anzunehmen, dass die Krise der Hypothekendarlehen [in den USA] ihren Ursprung in der Finanzierung des Irak-Kriegs zu suchen ist, der die Verfügbarkeit von Öl vergrößert hat, was andererseits die Preise für Lebensmittel ansteigen ließ. Dadurch wurde diese Krise (und der Krieg) auf den Rest der Welt ausgeweitet.

Wenn wir andererseits die Lage im spanischen Staat untersuchen, dann stellen wir fest, dass "unsere" Krise nicht durch internationale Ereignisse verursacht wurde, sondern durch die Regierung. Diese Krise hat ihren Grund in dem Produktionssystem, in dem System des Wachstums, verursacht durch den Kapitalismus. Es ist eine Krise der Überproduktion.

Die Auslöser für diese Krise lassen sich am besten anhand der Wohnsituation untersuchen: Häuser ohne Leute, Leute ohne Häuser. Hierbei profitieren nicht diejenigen, die die Häuser gebaut haben. Und die, die sie besitzen, waren an der Produktion nicht beteiligt. Auf diese Weise ist der Kapitalismus ein System der Verwirrung, der Ungerechtigkeit, der Irrationalität, das nicht nur auf der Trennung in gesellschaftliche Klassen aufbaut, sondern auch auf dem Privateigentum, das diese hervorbringt.

Dieses Wirtschaftsmodell ist auf keinen Fall ein Modell oder Vorbild.

Es benötigt schlagende Argumente vonseiten derjenigen, die unter ihm leiden: der Arbeiter/innen. Die Lösung, die vom Anarchismus hervorgebracht wurde, ist die Zerstörung des Kapitalismus, nicht dessen Erneuerung, Anpassung oder Heilung. Aber wir müssen nicht nur den Kapitalismus zerstören, sondern auch dessen Stützen: Staat und Religion.

Und wir müssen stattdessen den freiheitlichen Kommunismus aufbauen, der durch die Untersuchung der Bedürfnisse und Wünsche der Einzelnen und der Gemeinschaften die Wirtschaft (gr.: oikonomos) versteht. Wir müssen Formen der Bedürfnisbefriedigung finden, die in ihrem Aufwand an Zeit und Arbeit wirkungsvoll sind, im Gleichgewicht mit der Umwelt und nach dem ehrlichen Prinzip: Von allen nach ihren Fähigkeiten und für alle nach ihren Bedürfnissen.

Dazu müssen wir uns jenseits von Staat und Regierung politisch organisieren, denn wir wollen keine Herrschaft des Menschen über den Menschen. Eine Organisation ohne Kapitalismus und Ausbeutung in einem ideologischen und kulturellen Umfeld, das auf Wissenschaft, Verstand und Logik aufbaut.

Wir kämpfen für eine Gesellschaft der gleichen Interessen, ohne Verteilungskämpfe, eine endgültige Gesellschaft der Gleichen.

Um das zu erreichen benötigen wir das Werkzeug der Klasse aller Arbeiter/innen: eine Gewerkschaft. Eine Gewerkschaft, in der die Grundsätze des Anarchismus in die Tat umgesetzt werden und in der eine soziale Ethik immer einen Ausgleich zwischen dem Zweck und den Mitteln sucht. In dieser Gewerkschaft können wir die praktische Erfahrung sammeln, die wir benötigen, um für eine neue Gesellschaft zu kämpfen.

Wenn wir daran denken, spüren wir die Kraft der Wirtschaft für den freiheitlichen Kommunismus: Was das Geld betrifft, so muss es als Mittel der Kapitalanhäufung (Akkumulation) abgeschafft werden. In einer libertären, also freiheitlich-anarchistischen, Wirtschaft sind diejenigen, die produzieren auch diejenigen, die konsumieren. Sie stellen nur das her, was auch benötigt wird, nicht wie im Kapitalismus, wo die hergestellten Waren gekauft werden oder

auch nicht. Das Geld hat dann keine Funktion mehr als Mittel der Reichtumsvermehrung, sondern nur noch als Werteinheit zur statistischen Ermittlung von Produktion und Verteilung, sowie zur Ermittlung der Arbeitsstunden.

Aber wie sollen wir die neuen Fabriken aufbauen? Zum Beispiel in einer Art wirtschaftlicher Fürsorge, die am Konsum, an den Bedürfnissen und an der Praxis orientiert ist. Und dadurch, dass das Verhältnis von Anarchismus und Markt ausschließlich durch einen Austausch der Produkte bestimmt wird, der durch die Vermittlung von Gemeinschaftshäusern, Großlagern und Verteilungszentren stattfindet. Dort werden die verschiedenen Produkte unter den Bedürftigen aufgeteilt. Der Kampf gegen den Kapitalismus muss an allen Fronten geführt werden, auch in der Ideologie. Und daher auch in der Gewerkschaft, die sich verwandelt in eine Fabrik der Ideen und Diskussionen - in der wir Antworten auf Kapitalismus, Staat und Religion gedeihen lassen - den Anarchismus.

Zusammenfassend übersetzt aus:
'cnt', nr.349, Oktober 2008,
Zeitung der **CNT-IAA**, http://www.cnt.es

Internationale Arbeiter/innen-Assoziation (IAA),
http://www.iwa-ait.org

Übersetzung:
Anarchosyndikat Köln/Bonn, http://anarchosyndikalismus.org

Erklärungen:

EU:	Europäische Union
Hypothek:	Pfandrecht an einer Immobilie (Haus oder Grundstück) gegen Kredit
OECD:	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Spekulation:	riskanter Handel in der Hoffnung auf kurzfristige Wertsteigerung
Subprime-Krise:	Zusammenbruch der privaten Hypothekendarlehen in den USA 2007
Termingeschäft:	Handel mit einem zeitlich festgelegten Güterpreis
UNO:	Organisation der Vereinten Nationen



Krisenverwaltung: Von Japan gelernt?

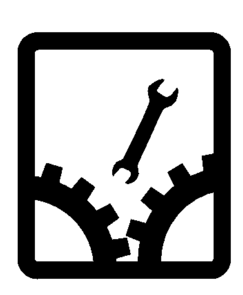
Jetzt da sich herausgestellt hat, dass der Gott "Freie Marktwirtschaft" nicht unfehlbar ist, guckt die politische Elite der Welt dumm aus der Wäsche. Die siegreichen Tage des freien Marktes sind vorbei.

Nun versuchen unsere geschockten Bosse zu verhindern, dass die Weltwirtschaft in eine längere Depression (1) rutscht. Da der freie Markt keine Lösungen mehr bietet, lautet nun die große Frage: Reicht ein starker Eingriff des Staates aus, um den wirtschaftlichen Niedergang zu verhindern - oder nicht?

Den Kapitalismus mit Geld retten?

Doch es gibt noch mehr schlechte Nachrichten für alle, die es ziemlich bedenklich finden, dass wir nach dem Versagen der Märkte nun auf Politiker/innen vertrauen sollen, damit sie den Karren wieder aus dem Dreck ziehen. Die Geschichte sagt uns, dass es nicht gut ausgeht, wenn Regierungen immer mehr Geld für die Rettung des Kapitalismus hinauswerfen.

Während der Depression der 1930er Jahre hatte die US-Regierung fast ihr ganzes Vermögen für die Wirtschaft ausgegeben. Doch mit wenig Erfolg. Trotz der riesigen Summen, die bezahlt wurden, blieb die US-Wirtschaft in der Krise festgefahren. Erst durch den Schrecken des Zweiten Weltkriegs kam die Wirtschaft wieder in Schwung.



Doch es gibt ein jüngeres Beispiel für einen missglückten staatlichen Eingriff, der eigentlich die Wirtschaft wieder ankurbeln sollte. In den 1990er Jahren hatte die japanische Wirtschaft ihre eigene Bankenkrise durchgemacht. Diese war wie die heutige durch ein schlecht aufgebautes Kreditsystem der japanischen Banken verursacht worden.
Bei dem Versuch ein Abgleiten der Wirtschaft in eine Spirale der Deflation (2) zu verhindern hatte die japanische Regierung nie dagewesene Summen staatlicher Gelder für öffentliche Aufträge ausgegeben.

Ausserdem hatte sie Maßnahmen getroffen, die die Verbraucher/innen dazu brachten 10% mehr Geld auszugeben. Doch keine dieser Maßnahmen half etwas und während der 1990er Jahre war die japanische Wirtschaft nur um durchschnittlich 1% im Jahr gewachsen. Man nennt es auch das "verlorene Jahrzehnt".

Es überrascht also nicht, dass dieses Trauma (3) der japanischen Wirtschaft nun von den Großen und Mächtigen der Welt gründlich erforscht wird. Sie wollen daraus lernen wie sie aus der aktuellen Krise herauskommen. Die große Hoffnung besteht darin, dass durch ein schnelleres Eingreifen der Regierungen die Krise besser als damals in Japan bekämpft werden könne.

Staatliche Eingriffe

Das könnte vielleicht sogar funktionieren. Denn die japanische Regierung war damals der freiwirtschaftlichen Ideologie (4) des "Nichtstuns" verfallen. Daher hatte sie erst verspätet eingegriffen als die Wirtschaft schon tief im Sumpf der Deflation versunken war. Andererseits hatte die japanische Wirtschaft gegenüber jener Krise mehrere Vorteile, die die kapitalistischen [nationalen] Wirtschaften heute nicht haben.

Zum Beispiel hatte Japan keine Staatsverschuldung und viele privat

angesparte Vermögen. Das machte es einfacher die Deflation durch riesige Staatsausgaben und Konsum hinaus-zuzögern. Der weitaus größte Unterschied liegt jedoch darin, dass zur Zeit der japanischen Krise der übrige Kapitalismus boomte (5). Das ermöglichte der japanischen Wirtschaft sich durch Exporte (6) über Wasser zu halten.

Angesichts dieser Unterschiede ist der einzige Lichtblick, den man heute aus der japanischen Erfahrung lernen kann, die Tatsache, dass eine Regierung in der Lage war eine voll entwickelte Depression abzubremsen indem sie riesige Geld-summen dafür ausgab.

Es könnte durchaus sein, dass die unglaublichen Gelder, die jetzt ausgegeben werden, eine weitere Depression im Stil der 1930er Jahre verhindern werden. Dann hätten wir es nur mit einer verlängerten Rezession (7) zu tun.

Wer zahlt für die Krise?

Was auch immer geschieht, zwei Dinge können wir mit Sicherheit sagen: Die eingebildete Dummheit der Sozial-demokratie (8) mit der sie behauptet, ihre Partei (9) hätte den Kapitalismus durch Aufstieg und Fall hindurch gerettet, ist heute nur noch lächerlich. Der Kapitalismus ist innerlich nicht starr und ein Aufschwung wird immer von einer Talfahrt gefolgt.

Die andere Gewissheit ist: Egal was passiert, die Klasse der Arbeiter/innen muss den Preis für das Versagen des Kapitalismus zahlen. Egal ob Depression oder Rezession - wir werden dafür bezahlen, wenn die Arbeitslosigkeit steigt und der Lebensstandard sinkt. Und tragischerweise werden es die Niedrig-löhner/innen und Zeitarbeiter/innen sein, die am meisten darunter zu leiden haben.

aus:
Direct Action, Nr. 45 / Winter 2009, Magazin der
Solidarity Federation (SolFed - IAA),
http://direct-action.org.uk

Internationale Arbeiter/innen-Assoziation (IAA),
http://www.iwa-ait.org

Übersetzung und Anmerkungen:
Anarchosyndikat Köln/Bonn, http://anarchosyndikalismus.org



Erläuterungen:

1) Depression:	tiefe Wirtschaftskrise nach Abschwung (Rezession)
2) Deflation:	Geldaufwertung/Preisverfall, evtl. bis Wirtschaftsstillstand (Stagnation)
3) Trauma:	nachwirkender Schock oder Schmerz
4) Ideologie:	Weltanschauung, Überzeugung
5) Boom:	Wirtschaftsaufschwung, Hochphase der Umsätze bzw. Ausgaben
6) Export:	Verkauf von Gütern in andere Staaten
7) Rezession:	Wirtschaftsabschwung, Rückgang der Umsätze bzw. Ausgaben
8) im Original:	Gordon Brown (Labour), Premierminister von Britannien
9) im Original:	britische sozialdemokratische Labour-Partei (z.Z. in der Regierung)

Ein Widerspruch im Herzen des Chaos

Die Regelung der globalen Finanzmärkte zur Konjunktursteuerung ist ein Reinfall

Es scheint, dass die Regierungen der Welt den totalen Zusammenbruch des Kapitalismus gestoppt haben. Aber auch wenn er sich wieder erholt, die einzusparenden Kosten werden hoch sein.

Und wir - die Klasse der Arbeiter/innen - werden dafür in den nächsten Jahren bezahlen müssen mit Arbeitsplatzabbau, Lohnkürzungen und der Kürzung öffentlicher Leistungen. Doch das ist nicht unsere einzige Sorge. Es ist höchst wahrscheinlich, dass der Kapitalismus in Zukunft erneut kopfüber in die Rezession (1) stürzt.

Kopfüber in die Rezession

Die aktuelle Krise wird so dargestellt, als ob sie der Fehler von gierigen Bänker/innen gewesen wäre, genauso wie die Dot-Com-Krise (2) als der Fehler von gierigen Investor/innen dargestellt wurde. Jedenfalls ist dieses Versagen ein Anzeichen für ein tiefer liegendes Problem eines Systems, das in den letzten 30 Jahren immer unbeständiger und krisenanfälliger geworden ist. Wenn dieses Problem nicht gelöst werden kann, ist die nächste Krise nur eine Frage der Zeit.

Alle Regierungen scheinen sich dessen bewusst zu sein und scheinen zu akzeptieren, dass die Weltwirtschaft nicht von einer durch Schulden verursachten Krise in die nächste taumeln kann. Es gibt auch breite Übereinstimmung darüber, dass die Märkte nicht sich selbst überlassen werden dürfen und dass eine stärkere Regelung die Lösung sei.

Doch hier liegt das Problem. Der Kapitalismus ist ein weltweites System, sodass zur Verhinderung von Instabilität (3) ein angemessenes internationales Finanzmanagement und eine gemeinsame Währung nötig sind. Doch die Nationalstaaten der Welt haben Angst um den Schutz ihrer eigenen Interessen, die oft denen des globalen Kapitalismus entgegenstehen. Britannien ist ein gutes Beispiel dafür: Die Wirtschaft ist in hohem Maße abhängig von der Finanzbranche, die wiederum selbst abhängig von ungeregelten Finanzmärkten ist. Also handelt die britische Regierung im Interesse der Finanzbranche und wird jede bedeutende internationale Regelung verhindern wollen.

Dieser Widerspruch ist natürlich nicht neu. Er ist ein Grund dafür, warum der Kapitalismus so instabil ist und warum es niemals ein wirksames internationales Finanzmanagement gegeben hat. Jedoch kam es im Wirtschaftsaufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg (4) nur deshalb zu einer der stabilsten Phasen des Kapitalismus, weil die Vorherrschaft der USA es erlaubte, ein weltweites System zur Regelung der Finanzmärkte einzuführen.

Keine festen Wechselkurse

Dieses System von festen Wechselkursen, das Bretton-Woods-System (5), machte den US-Dollar praktisch zur Weltwährung. Der gesamte Welthandel wurde in Dollar verzeichnet, weshalb jedes Land Dollar kaufen musste, um Außenhandel zu betreiben. Mit dem Rückgang der US-amerikanischen Wirtschaftsmacht wurde es zunehmend schwierig den Dollarpreis zu verteidigen. Im Jahr 1973 wurde der Dollar wieder auf den internationalen Finanzmärkten frei gehandelt und das Bretton-Woods-System brach zusammen.

Die Wurzeln der aktuellen Krise liegen in diesem Zusammenbruch, weil er den Weg frei gemacht hatte für umfangreiche Währungsspekulation (6). Denn schließlich konnte man nicht auf Wechselkursschwankungen wetten, als diese Preise noch festgelegt waren. Der Devisenhandel stieg dramatisch an und führte zu der heutigen Situation, dass riesige Geldsummen auf der Jagd nach noch höheren Gewinnen andauernd zwischen den Währungen hin- und her geschoben werden.

Der Zusammenbruch von Bretton Wodds hatte auch andere Auswirkungen. Firmen, die international Handel treiben, mussten mit den Wechselkursschwankungen irgendwie umgehen, die ihre Gewinne auslöschen könnten. Aus Verzweiflung darüber griffen sie auf Derivate (7) zurück, um sich gegen zukünftige Wechselkursschwankungen abzusichern. Dadurch konnten sie sicher handeln in dem Wissen, weil sie dagegen abgesichert waren, dass ihre Gewinne aufgrund von künftig veränderten Wechselkursen geschmälert würden.

Spekulation mit Derivaten

Bald führte dieses Geld, das aus solchen Termingeschäften entstand, zu neuen Formen von Derivaten. Im Jahr 1973 entstand eine Formel mit der es Spekulant/innen erlaubt wurde, auf künftige Warenpreise zu wetten. Das führte ab 1975 zu einem Handel mit künftigen Zinsraten (8). Im Bretton-Wodds-System war ein Handel mit Derivaten so gut wie unmöglich; im Jahr 2006 hatte der weltweite Handel einen Umfang von schwindelerregenden 700 Billionen Dollar erreicht (9).

Der Zusammenbruch von Bretton-Woods führte daher zu der heutigen Casino-Kultur, die auf den Weltmärkten vorherrscht, aber nur ein Zeichen für die lasche internationale Regelung des Kapitalismus ist. Wenn sie jetzt von mehr Regelungen sprechen, beschränken sich die Politiker/innen nur darauf, das System zu ändern anstatt dessen Ursache. Das kommt daher, weil sie genau wissen, dass jeder Versuch, ein gemeinsames internationales Regelungssystem aufzubauen, bald mit den konkurrierenden Interessen der nationalen Regierungen in Konflikt kommen würde.

Nationalinteressen statt Regulierung

Die Versuche, den Handel mit Derivaten zu regeln, haben dies bestätigt. Obwohl sich alle einig sind, dass diese Art von Handel verrückt ist, wird nichts dagegen unternommen. Wie gesagt, dieser Handel versichert die Unternehmen gegen zukünftige Risiken. Ohne ihn können sie keine Geschäfte machen. Wie sollte man also Regeln gegen Spekulation einführen, ohne dadurch die Unternehmen bei ihren Geschäften zu stören? Das geht nicht.

Eine wirkliche Lösung wäre es, durch Regelungen das Risiko aus dem System auszuschließen. Zum Beispiel würde ein festes Wechselkurssystem bedeuten, dass es für die Firmen keinen Grund mehr gäbe mit Finanzderivaten zu handeln.

Chinas Einfluss auf Zinsen

Es gibt ein weiteres Hindernis für jede brauchbare Regulierung: der Aufstieg Chinas. Der chinesische Staat beutet seine Arbeiter/innen aus, um gewaltige Mengen billiger Exporte herzustellen. Dann verleiht er riesige Geldbeträge an den Westen, besonders an Britannien und die USA, damit diese Güter gekauft werden. Die chinesischen Billigimporte haben im Westen dazu beigetragen, dass die Geldentwertung niedrig zu halten.

Das hatte im Gegenzug zur Folge, dass die Zinssätze niedrig gehalten wurden. Der krönende Abschluss war, dass diese

Niedrigzinsraten in Verbund mit den Krediten aus China es ermöglichte, den Kreditpreis unten zu halten. Und diese Verfügbarkeit von billigen Krediten hatte die Spekulationsblase hervorgebracht, die die aktuelle Krise hervorgebracht hat.

Die Logik schreibt vor, dass Maßnahmen getroffen werden sollten, damit dies nicht wieder geschehen könne. Aber es liegt im nationalen Interesse sowohl Chinas als auch der USA, dass die Geschäfte so schnell wie möglich wieder weitergehen. Daher werden beide Staaten jede Art der internationalen Regelung zurückweisen, die den weltweiten Kreditfluss einschränken könnte.

Mehr Regelungen sind jedoch nicht die Lösung, auch wenn es so einfach erscheint. Eine harte Regelung der weltweiten Finanzmärkte würde bedeuten, dass die Staaten ihre nationalen Interessen zugunsten der Weltwirtschaft als höherem Gut vernachlässigen müssten. Und das wird nicht passieren.

Keine Weltmacht in Sicht

Eine einzige Möglichkeit gäbe es, wenn ein einzelnes Land die wirtschaftliche und militärische Macht erobern würde, um das durchzusetzen, so wie es die USA nach dem Zweiten Weltkrieg getan hatte. Aber auch das wäre nur vorübergehend und ist - jedenfalls in der überschaubaren Zukunft - nicht wahrscheinlich.

Was wird also geschehen? Es gibt noch eine Möglichkeit, dass die aktuellen Maßnahmen zur Rettung der nationalen Finanzsysteme versagen und die Welt in eine lange und tiefe Depression (10) rutschen wird. Es scheint jedoch wahrscheinlicher, dass der kräftige Zuschuss öffentlicher Gelder die Weltwirtschaft langsam aus dem Abschwung herausziehen wird. Das wird dann gefolgt von langfristigen Sparmaßnahmen bei staatlichen Leistungen, denn das geliehene Geld muss ja irgendwie zurückgezahlt werden. Wenn also die öffentlichen Ausgaben zurückgefahren werden, wird ein Druck auf den privaten Konsum entstehen, der die Lücke füllen soll.

Neue Kredite - neue Krise

An diesem Punkt wird sich all das Gerede über mehr Regelungen als das heraustellen, was es ist - nur Geschwätz. Ohne eine wirksame Regelung ist es sehr wahrscheinlich, dass das Kreditfass wieder angezapft wird. Das wird zu einer Spekulationsblase führen, die langfristig wieder in eine schlimme Finanzkrise führen wird.

Was können wir als Arbeiter/innen überhaupt tun? Nun, wir sollten zunächst alle Honnfung auf Regelungen und Politiker/innen aufgeben. Auch nützt es nichts, wenn Arbeitnehmervertreter/innen im Aufsichtsrat von verstaatlichten Banken sitzen, wie manche Linke es fordern. Solche Ansätze werden nichts bringen. Die Anfälligkeit der Wirtschaft entsteht durch den Widerspruch zwischen den Interessen der Kapitalismus als einem weltweiten System einerseits und denen der Nationalstaaten andererseits. Das können wir nur überwinden, wenn die Nationalstaaten verschwinden, aber darauf sollte man nicht wetten.

Kapitalismus pur - Widerstand jetzt

Wir müssen also erkennen, dass die Zeit des sozialdemokratischen Konsens (11) vorbei ist, der auf der Idee von Vollbeschäftigung in einer stabilen Wirtschaft aufgebaut hat. Der Kapitalismus hat aufgrund seiner vielen Widersprüche zu seinem Ursprung zurückgefunden: ein System, das für Aufstieg und Niedergang

anfällig ist, mit allen Folgen, die die Klasse der Arbeiter/innen austragen muss.

Kurzfristig müssen wir um jeden Job kämpfen und uns gegen jede Kürzungsdrohung bei Löhnen und öffentlichen Leistungen zur Wehr setzen.

Dieser alltägliche Kampf muss verbunden werden mit der Idee, den Kapitalismus anzugreifen. Er soll ersetzt werden durch ein System, das auf der Kontrolle durch die Arbeiter/innen aufbaut und auf der Befreiung des Menschen.

aus:
Direct Action, Nr. 47 / Sommer 2009,
Magazin der **Solidarity Federation (SolFed - IAA)**,
http://direct-action.org.uk

Internationale Arbeiter/innen-Assoziation (IAA),
http://www.iwa-ait.org

Übersetzung und Anmerkungen:
Anarchosyndikat Köln/Bonn, http://anarchosyndikalismus.org

Erklärungen:

1) Wirtschaftsabschwung, Rückgang der Umsätze bzw. Ausgaben
2) Zusammenbruch des "Neuen Marktes" für überbewertete Internet-Aktien im März 2000
3) Nichttragfähigkeit, drohender Zusammenbruch
4) Das "Wirtschaftswunder" in Westdeutschland dauerte etwa von 1949 bis 1973
5) goldpreisgestützter Internationaler Währungsfonds (IWF/Weltbank) von 1944 bis 1973
6) Handel mit Landeswährungen (Devisen) im Gewinninteresse durch Kursschwankungen
7) riskante Spekulation auf veränderte Grundpreise (Aktien, Rohstoffe, Zinsen)
8) Zinsderivate, Termingeschäfte mit Grundwerten von veränderlichen Zinsen (CDS)
9) das globale Marktvolumen der Derivate im Jahr 2009 betrug 600.000 Milliarden Dollar
10) schwere Wirtschaftskrise nach einem Abschwung (Rezession)
11) Übereinstimmung, eine von allen getragene Meinung



Starke Kürzung der Staatsausgaben
- Tatsachen und Möglichkeiten

Die großen politischen Parteien sind sich einig, dass es nötig sei bei den öffentlichen Ausgaben starke Kürzungen vorzunehmen. Der einzige Unterschied zwischen ihnen ist, wann das Gemetzel anfangen soll. Sie behaupten, dass die Einschnitte niemandem weh tun werden - mit anderen Worten: die üblichen Lügen.

Egal welche Partei an der Macht ist, es wird tausende Arbeitsplätze kosten. Die starke Kürzung der Ausgaben im Bereich der lebensnotwendigen Dienstleistungen wird die Alten, Schwachen und Armen unverhältnismäßig schwer treffen.

Die Parteien sind sich über die Kürzungen deshalb so einig, weil sie der gleichen Freihandelsphilosophie anhängen. Sie pfuschen ein bischen an der Idee des freien Marktes herum, um mit neuen Anpassungen ihre Wähler/innen zu locken. Aber letzten Endes hat keiner von ihnen was anderes anzubieten als die übliche "Lösung", daß der freie Markt durch eine Kürzung der öffentlichen Ausgaben die Staatsverschuldung vermindern soll.

"Freier" Markt durch Einsparungen

Die gleichen Politiker/innen waren während der Finanzkrise nicht so darauf versessen sich zum Prinzip des freien Marktes zu bekennen. Einem Prinzip, das die Krise als eine "Marktkorrektur" ansieht, während der man zulassen darf, daß unwirtschaftliche



Banken gegen die Wand fahren. Als die Wirtschaftsvertreter/innen des Freihandels sich für sowas stark machten, wurden sie von den Politiker/innen als Idioten beschimpft, die die Weltwirtschaft gefährden würden.

Diese Ablehnung gegenüber dem traditionellen Freihandel hielt jedoch nicht lange an. Als Milliarden öffentlicher Gelder in die Banken gesteckt wurden, hätte jeder halbwegs Vernünftige zumindest sichergestellt, dass das Geld in die Wirtschaft investiert werden würde und nicht in die Taschen der Bänker/innen wandert.

Aber die Staatschefs (1) sind dem Gesetz des freien Marktes verfallen, nach dem der Staat sich nicht in die Belange der Finanzmärkte einmischen solle. Sie haben sich sogar geweigert, den Bänker/innen die Boni (2) zu kürzen, da hohe Bonuszahlungen nötig seien, um die talentiertesten von ihnen anzuwerben.

So überrascht es nicht, dass die Banken die öffentlichen Gelder dazu benutzt haben, um ihre Profite anzuheben und erneut riesige Bonuszahlungen zu ermöglichen. Die Regierung hätte die Banken auch verstaatlichen können, um durch sie mehr Geld in die bankrotte Wirtschaft zu pumpen.

Oder - falls das nicht funktioniert hätte - hätte sie einfach den Banken vorschreiben können, dass sie mit dem Geld den Kreditmarkt wieder zum Laufen bringen sollen. Stattdessen hat sich die Regierung aus lauter Angst davor in den Markt einzugreifen darauf beschränkt, die Banken darum zu bitten (oder eher anzubetteln) im Interesse der Gesamtwirtschaft zu handeln.

Kollektiver Gedächtnisverlust

Als es sich abzeichnete, dass sich die Wirtschaft erholen würde, traf die Politiker/innen ein kollektiver Gedächtnis-verlust. All das Gerede von einer neuen strengen Regelung der Finanzmärkte war verschwunden, als ob es keine Krise gegeben hätte. Nichts hat sich geändert: Das Bankwesen ist immernoch ungeregelt. Sie fangen sogar wieder an, mit eben jenen Finanzderivaten (3) zu handeln, die zu der Krise geführt hatten. Jetzt, da die Krise teilweise vorüber ist und die Politiker/innen zu ihrer Freihandelsposition zurück-gefunden haben, hören wir nur noch Rufe nach einer strengen Kürzung bei den öffentlichen Ausgaben, um das Ausmaß der Staatsverschuldung zu verringern.

Keynes und die Staatsverschuldung

Sie tun so, als ob es nie eine Alternative gegeben hätte den Kapitalismus durch eine Krise zu retten. Tatsächlich ist in historischer Hinsicht die momentane Staatsverschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (4) nicht besonders hoch, berücksichtigt man, dass wir mitten in einer Wirtschaftskrise stecken.

Wäre die Regierung dem alternativen Weg des Keynesianismus (5) gefolgt, so hätte sie weiterhin Schulden machen können, ohne dass davon die Welt untergegangen wäre. Sie hätte dann direkt in die Wirtschaft investieren können, indem sie in Projekte, wie neue Schulen, Krankenhäuser oder Eisenbahnen, investiert hätte.

Dabei wären mehr Arbeitsplätze geschaffen und die Wirtschaft durch mehr und nicht durch weniger Staatsausgaben aus der Rezession (6) geführt worden. Mit den daraus entstandenen Steuereinnahmen hätte die Regierung anfangen können ihre Schulden zurückzuzahlen.

Doch dass die großen Parteien einen solchen Weg nicht einschlagen, ist keine Überraschung. Die Wirtschaft dient im Kapitalismus den Interessen der Reichen, nicht dem Nutzen der Bevölkerung. Und es ist die Rolle der Politiker/innen die staatliche Macht zum Schutz der Reichen anzuwenden.

Daher bedeutet die "Theorie" des freien Marktes nichts weiter als eine Rechtfertigung für Politker/innen durch ihr Handeln den Kapitalismus zu beschützen. Darüber hinaus wird die Idee des Freihandels immer nur gegenüber den Arbeiter/innen angewendet, nicht gegenüber den Reichen.

Dem Staat wird erlaubt in die Märkte einzugreifen und riesige Summen staatlicher Fördergelder an die Unternehmen zu übergeben. Staatliche Eingriffe werden nur dann abgelehnt, wenn durch sie Gewinne eingeschränkt und Reichtümer umverteilt werden sollen.

Staatlicher Schutz für's Kapital

Das trifft auch auf die jetzige Krise zu. Es wird hoch angesehen, dass der Staat Schulden in Milliardenhöhe aufnimmt, um den Bänker/innen die Haut zu retten. Aber wenn es darum geht mit Staatverschuldung Arbeitsplätze zu retten, dann kehrt bei den Politiker/innen schnell das alte Gerede vom freien Markt zurück, wegen dem die Staatsausgaben gekürzt werden müssen.

Das ist alles nicht neu und so alt wie der Kapitalismus selbst. Medien und Politik unterstützen immer die Interessen des Kapitals. Sie sorgen dafür, dass der Staat milliardenhohe Zuschüsse verteilt und außerdem mit seinen Streitkräften die kapitalistischen Interessen weltweit verteidigt.

Aber wenn es darum geht, die Gewinne zu schützen indem Arbeitsplätze abgebaut

oder die Lebensbedingungen der Arbeiter/innen heruntergeschraubt werden, dann dürfe der Staat natürlich nicht eingreifen. Der freie Markt würde sich durchsetzen. Es gebe keine Wahl und keine Alternative dazu, dass die Klasse der Arbeiter/innen dafür die Kosten tragen muss. Und dass nach den ganzen Versprechungen von Wohlstandsteilhabe, die es auch in wirtschaftlich boomenden Zeiten nicht gegeben hat.

Die Wirklichkeit ist dem Kapitalismus angepasst worden bis zu dem Punkt, dass uns leider nurnoch der einzig mögliche Ausweg präsentiert wird: starke Einsparungen. Alternativen werden nicht mehr vorgebracht und weder in Erwägung gezogen noch diskutiert. Alle sind sich einig, dass es keinen anderen Ausweg gäbe. Daher diskutieren sie darüber wo als erstes gespart wird und wann es losgehen soll.

Wir sollten uns über die Höhe der Einsparungen keine Hoffnungen machen. Es wird geschätzt, dass es in den nächsten Jahren zu Ausgabenkürzungen in zweistelliger Milliardenhöhe (7) kommen wird. Das wird alle Kürzungen der 1980er Jahre (8) in den Schatten stellen und erhöhte Arbeitslosigkeit zur Folge haben. (...)

Es besteht eine große Gefahr, dass Einsparungen in dieser Höhe die Wirtschaft in eine Abwärtsspirale ziehen werden, in der auf steigende Arbeitslosigkeit eine sinkende Nachfrage (9) folgt, die zu weiterer Arbeitslosigkeit führt.

Ein schwerer Schock

Abgesehen von diesen Problemen scheinen die Politiker/innen mit sich selbst sehr zufrieden zu sein. Sie haben es geschafft, sich gegenseitig davon zu überzeugen, dass "die Öffentlichkeit" bereit sei Opfer zu bringen. Nun, ihnen stehr ein schwerer Schock bevor. Gewaltige Geldbeträge auszugeben, die unvorstellbar hoch und damit wertlos sind, ist die eine Sache. Doch wenn die geplanten Einsparungen Wirklichkeit werden, werden sie Millionen von Arbeiter/innen ins Elend stürzen und reale Wut hervorbringen.

Wenn diese Wut kanalisiert und organisiert wird, wird es einen mächtigen Abwehrkampf geben, der den Kapitalismus in seinen Festen erschüttern könnte.

Als Aktivist/innen ist unser Ziel, die Wut in der Klasse der Arbeiter/innen in Aktion zu verwandeln. Wir haben eine klare Botschaft: Dieses Übel wurde von den Reichen und Mächtigen verursacht! Und es sind sie, die dafür zahlen sollten! Der einzige Weg dahin sind koordinierte Streikaktionen an denen sich Arbeiter/innen aller Branchen inklusive des Öffentlichen Dienstes beteiligen.

Koordinierte Streiks in allen Branchen

Und wir sollten uns dabei nicht von den Gewerkschaften aufspalten lassen. Anstatt auf die Gewerkschaftsfunktionäre zu warten, sollten wir dafür an unserem eigenen Arbeitsplatz aktiv werden und uns mit Arbeiter/innen anderer Gewerkschaften und Branchen zusammentun. Eine Streikbewegung, die von unten nach oben aufgebaut ist, ist nicht nur in der Lage den Versuch der Regierung massive Kürzungen durchzusetzten zurückzuschlagen.

Sie kann darüber hinaus auch eine Grundlage werden für eine Alternative zum Kapitalismus. Denn ein Wirtschaftssystem kann auch zum Wohle aller Menschen betrieben werden und nicht für eine Handvoll Reiche.

aus:
Direct Action, Nr. 48 / Herbst 2009, Magazin der
Solidarity Federation (SolFed - IAA), http://direct-action.org.uk

Internationale Arbeiter/innen-Assoziation (IAA), http://www.iwa-ait.org

Übersetzung und Anmerkungen:
Anarchosyndikat Köln/Bonn, http://anarchosyndikalismus.org

Erläuterungen:

1) im britischen Original: Premierminister Brown und Schatzmeister Darling
2) Bonuszahlungen, Erfolgszuschläge
3) riskante Spekulation auf veränderte Grundpreise (Aktien, Rohstoffe, Zinsen)
4) Gesamtwert aller hergestellten Waren und Dienstleistungen einer nationalen Wirtschaft
5) durch J.M. Keynes entwickelte Steuerung der Wirtschaft durch staatliche Eingriffe
6) Wirtschaftsabschwung, Rückgang der Umsätze bzw. Ausgaben
7) im britischen Original: £ 90.000.000.000
8) im britischen Original: Thatcher-Ära, vergleichbar mit der Regierung Kohl (1982-1998)
9) Bedarf an den Waren und Dienstleistungen in einer nationalen Wirtschaft

